



Antrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vielfalt und Antidiskriminierung an unseren Schulen stärken - Für mehr kultursensible Bildung in Sachsen-Anhalt

Kein Ort beeinflusst Kinder und Jugendliche so sehr wie die Schule. Sie sammeln dort wichtige Erfahrungen, die sie ihr ganzes Leben lang begleiten werden. Umso wichtiger ist es, dass Schule ein sicherer Ort für alle jungen Menschen ist, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder ihres kulturellen Hintergrundes. Toleranz, Vielfalt und Akzeptanz für die Pluralität unserer Gesellschaft sind deswegen Werte, die unsere Schulen widerspiegeln müssen.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt bedankt sich ausdrücklich bei den Schulen in Sachsen-Anhalt für das große Bemühen, diese Werte mit Leben zu erfüllen. Unser Dank gilt besonders den Mitarbeiter*innen, die die schulische Integration von geflüchteten Schüler*innen nach 2015 begleitet haben, und die sich dieser Aufgabe nun für die vor dem Krieg in der Ukraine geflohenen Schüler*innen erneut engagiert annehmen.

Der Landtag möchte die Lehrerinnen und Lehrer des Landes bei dieser Aufgabe mit Handwerkszeug unterstützen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. kultursensible und vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung als verpflichtende Module in der pädagogischen Ausbildung, dem Referendariat und in den Curricula des Lehramtstudiums festzulegen;
2. im Rahmen der verpflichtenden Fortbildungen für Lehrkräfte, zertifizierte Fortbildungen in den Bereichen der Kultursensibilität, Antidiskriminierung sowie Antirassismus einzurichten, um die Vielfaltskompetenz und Diskriminierungssensibilität von Lehrer*innen zu stärken;

3. die Themen Kultursensibilität, Antidiskriminierung sowie Antirassismus als verpflichtenden Teil in den Vorbereitungskursen der Seiten- und Quereinsteigenden festzulegen;
4. für Fort- und Weiterbildungen alle fachlich geeigneten Ressourcen im Land, auch außerhalb des Landesinstitutes für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt, gegebenenfalls kooperativ zu nutzen;
5. im Bildungsministerium eine Anti-Bias-Stelle (*bias* [engl.] bedeutet Vorurteil oder Einseitigkeit¹) einzurichten, mit der Aufgabe der systematischen Prüfung von bestehenden Lehr- und Lernmitteln auf diskriminierende Sprache und Gestaltung;
6. Schulen in der Elternarbeit, insbesondere für Eltern mit Migrationshintergrund, zu beraten. Dafür soll das Ministerium aktiv ein Angebot unterbreiten;
7. unabhängige Beschwerdestellen für Diskriminierung an Schulen für Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern einzurichten.

Begründung

Schon die Jüngsten unter uns sind im Alltag mit Rassismus und Diskriminierung in Berührung gekommen oder davon betroffen. Leider machen von Rassismus betroffene Gruppen diese Erfahrungen auch in der Schule. Sei es durch aktive verbale und körperliche Angriffe oder durch bewusste oder unbewusste Benachteiligung im Vergleich zu nicht-betroffenen Gruppen. So weisen die Ergebnisse einer Studie zum Thema „Rassismus in der Schule“ darauf hin, dass „Schüler*innen mit Migrationshintergrund in den Fächern Deutsch und Mathematik bei gleicher Leistung durchschnittlich schlechter benotet werden als Kinder ohne Migrationshintergrund“². Ebenfalls erhalten diese auch seltener eine Gymnasialempfehlung, trotz vergleichbarer Leistung³.

Auch in Sachsen-Anhalt scheint es Faktoren zu geben, die die Bildung von Schüler*innen mit Migrationshintergrund benachteiligen. Denn der jährliche Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zeigt, dass in unserem Bundesland fast 30 Prozent aller ausländischen Schüler*innen ohne Abschluss die Schule verlassen. Wir liegen damit weit über

¹ Anti-Bias-Netz (2022): Was bedeutet Anti-Bias und was ist der Anti-Bias-Ansatz? Online abrufbar:

<https://www.anti-bias-netz.org/start/anti-bias/#:~:text=Anti%20Bias%20ist%20ein%20Diskriminierungs,an%20gesellschaftlicher%20Ver%C3%A4nderung%20zu%20arbeiten.&text=Anti%20Bias%3A&text=macht%20Diskriminierung%20emotional%20und%20kognitiv%20begreifbar>. Letzter Zugriff: 07.06.2022.

² DeZIM Institut (2022): Rassismus in der Schule. Rassistische Diskriminierung in Schulen: eine empirische Analyse. Online abrufbar: <https://www.rassismusmonitor.de/kurzstudien/rassismus-in-der-schule/> Letzter Zugriff: 19.05.2022.

³ ebd.

dem Bundesdurchschnitt⁴. Dieser Wert zeigt eindrücklich, dass es in Sachsen-Anhalt einen dringenden Handlungsbedarf gibt. Dieser Befund ist ausdrücklich nicht mangelndem guten Willen oder mangelndem Engagement von Lehrer*innen zuzuschreiben.

Um eine wirkliche Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen zu ermöglichen, brauchen wir mehr kultursensible Bildung in Sachsen-Anhalt. Denn nur das Wissen über die rassistischen Strukturen in unserer Gesellschaft und den Auswirkungen dieser, versetzt in die Lage, das eigene Handeln, Denken und die eigene Sprache rassismus- und diskriminierungskritisch zu hinterfragen. Insbesondere an den Schulen ist es wichtig, dass die interkulturelle Kompetenz der Lehrkräfte gestärkt wird. Dazu sollte die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in den Bereichen der Kultursensibilität, im Antirassismus und in der Antidiskriminierung erweitert werden und diskriminierungsfreie Lehr- und Lernmaterialien im Unterricht eingesetzt werden.

Bisher mangelt es bei den Lehrkräftefortbildungen sowohl an Angeboten als auch an der Nachfrage. Zwischen 2017 und 2020 haben nur vier Prozent der Lehrkräfte pro Jahr an entsprechenden Fortbildungen teilgenommen. Im gleichen Zeitraum betrug das Angebot des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) nur ungefähr zwei Prozent im Vergleich zum restlichen Angebot⁵. Das LISA bietet vielfältige Fortbildungen zu wichtigen Themenfeldern, wie Digitalisierung, Inklusion, etc. an und ist damit gut ausgelastet. Damit sie ihr Angebot im Bereich der interkulturellen Bildung steigern können, macht es Sinn, die Kompetenzen und die finanzielle sowie personelle Ausstattung zum Beispiel der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt so zu erweitern, dass diese in gemeinsamer Kooperation mit dem LISA Fortbildungen für Lehrkräfte anbieten kann. Die Expertise, um solche Fortbildungen anbieten zu können, ist dort vorhanden und kann dementsprechend zur Erweiterung des Angebots genutzt werden. Denn sie hat bis in die 2000er Jahre mehrere tausend Lehrkräfte in den Bereichen Extremismusprävention, Rassismus und Interkulturalität fortgebildet.

Bildungsgerechtigkeit hängt aber nicht nur von den Schulen und Lehrkräften ab, sondern auch die Eltern und Angehörigen der Schüler*innen leisten dabei einen hohen Beitrag. Eine Studie zur Elternbeteiligung im schulischen Kontext zeigt, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen Elternbeteiligung und schulischem Erfolg der Kinder gibt⁶. Für Eltern und Angehörige mit Migrationshintergrund ist dies jedoch häufig schwierig, denn oft fehlt es an dem notwendigen Wissen über das deutsche Bildungssystem, um sich im selben Ausmaß im Schulalltag ihrer Kinder einbringen zu können, wie Eltern oder Angehörige ohne Migrations-

⁴ Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2021): INSM-Bildungsmonitor 2021. Bildungschancen stärken – Herausforderungen der Corona-Krise meistern. Online abrufbar: https://www.insm-bildungsmonitor.de/pdf/Forschungsbericht_BM_Langfassung.pdf. Letzter Zugriff: 19.05.2022, S. 179.

⁵ Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung zum Thema „Interkulturelle Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen in Sachsen-Anhalt“ vom 18.01.2022. Online abrufbar: <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp8/drs/d0618gak.pdf> Letzter Zugriff: 20.05.2022.

⁶ Hillmayr, Delia; Täschner, Janina; Brockmann, Lilo; Holzberger, Doris (2021): Elternbeteiligung im schulischen Kontext – Potenzial zur Förderung des schulischen Erfolgs von Schülerinnen und Schülern. Online abrufbar: <https://www.waxmann.com/index.php?eID=download&buchnr=4366> Letzter Zugriff: 20.05.2022, S. 33.

hintergrund. Deswegen ist es wichtig, dass Konzepte entwickelt werden, die gezielt Eltern und Angehörige der Schüler*innen mit Migrationshintergrund ansprechen und diese auch zur Mitarbeit in den schulischen Gremien ermutigen.

Trotz aller Bemühungen um Prävention, wird es sich nicht immer verhindern lassen, dass es zu rassistischen oder diskriminierenden Vorfällen in Schulen kommt. Das Schulpersonal, insbesondere die Lehrkräfte, sind allerdings bei der Bewältigung dieser Vorkommnisse auf sich selbst gestellt und verständlicherweise oftmals mit der Situation überfordert. Auch Eltern und Schüler*innen wissen meist nicht, an welche Anlaufstelle sie sich wenden können, um adäquate Hilfe zu finden. Deswegen brauchen wir in Sachsen-Anhalt unabhängige Beschwerdestellen für Diskriminierungs- und Rassismussvorfälle an Schulen, an die sich Eltern, Lehrkräfte und Schüler*innen wenden können.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende